Landtag von Baden-Württemberg16. Wahlperiode

Drucksache 16/5787 20, 02, 2019

Antrag

der Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Staatsministeriums

Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats "One In, One Out-Regelung umfassender anwenden"

Antrag

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,

- wie oft in dieser Legislaturperiode von der im Koalitionsvertrag vereinbarten "One In, One Out-Regelung" konkret Gebrauch gemacht wurde, insbesondere wie viele und welche Verwaltungsvorschriften von der Landesregierung erlassen und demgegenüber aufgehoben wurden;
- welche konkreten Einsparungen durch die Umsetzung dieser Regelung für das Land bislang erzielt wurden;
- wie viele und welche Rechtsvorschriften in dieser Legislaturperiode über die Verwaltungsvorschriften hinaus in Baden-Württemberg erlassen wurden (unterteilt nach Art der Rechtsvorschrift und der jeweiligen federführenden Ressortverantwortlichkeit);
- 4. ob und falls ja, welche Rechtsvorschriften in dieser Legislaturperiode in Baden-Württemberg erlassen wurden, die im Zusammenhang mit der EU-Gesetzgebung stehen, und über die EU-Regelung hinausgehen bzw. diese verschärft haben:
- 5. ob und falls ja, in welchem Umfang bei den Rechtsvorschriften nach Ziffer 3 von der "One In, One Out-Regelung" bereits Gebrauch gemacht wurde;
- wie die Landesregierung den Vorschlag des Normenkontrollrats, die "One In, One Out-Regelung" für sämtliche Landesregelungen, insbesondere auch bei neuen Gesetzen und Verordnungen einzuführen, und ihre realistische Umsetzung bewertet;

1

- 7. ob und falls ja, welches Einsparpotenzial die Landesregierung durch die Umsetzung der Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats sieht;
- 8. ob und falls ja, welche Mehrkosten die Landesregierung durch die Umsetzung der Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats sieht;
- ob und falls ja, in welcher Form, welchem Umfang und bis wann die Landesregierung beabsichtigt, die Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats umzusetzen.

20.02.2018

Dr. Weirauch, Gall, Weber, Binder, Hinderer, Stickelberger SPD

Begründung

Auf Landesebene wurde im grün-schwarzen Koalitionsvertrag 2016 die Einführung einer "One In, One Out-Regelung" für Verwaltungsvorschriften vereinbart. Der Normenkontrollrat hat in seiner Empfehlung Nummer 1 in seinem Bericht "Bürokratieabbau – gemeinsam einfach" vorgeschlagen, diese Regelung für sämtliche Landesregelungen, insbesondere auch bei neuen Gesetzen und Verordnungen einzuführen. Der Antrag dient dazu, nach Ablauf der ersten Halbzeit der Legislaturperiode den Stand der Umsetzung dieses Vorhabens in Erfahrung zu bringen.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 27. März 2019 Nr. I-500.11 nimmt das Staatsministerium in Abstimmung mit den Fachressorts zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Die Landesregierung wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen zu berichten,

1. wie oft in dieser Legislaturperiode von der im Koalitionsvertrag vereinbarten "One In, One Out-Regelung" konkret Gebrauch gemacht wurde, insbesondere wie viele und welche Verwaltungsvorschriften von der Landesregierung erlassen und demgegenüber aufgehoben wurden;

Das Staatsministerium hat eine Abfrage bei allen Ressorts durchgeführt. Die von der Landesregierung erlassenen und aufgehobenen Verwaltungsvorschriften lassen sich der nachfolgenden Übersicht entnehmen.

^{*)} Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Staatsministerium

Innenministerium

Folgende Verwaltungsvorschriften wurden in dieser Legislaturperiode erlassen (wobei nur neue bzw. zusätzliche Verwaltungsvorschriften erfasst werden, also nicht solche die lediglich bereits bestehende Verwaltungsvorschriften ändern bzw. deren Geltungsdauer verlängern):

- Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über den Einsatz derivativer Finanzinstrumente durch die Kommunen (Derivate VwV) vom 9. Mai 2016 (GABI. S. 334)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration über die Abgeltung der über das übliche Maß hinausgehenden Aufwendungen für dienstlich notwendige Bekleidung (Aufwandsentschädigung) an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im Personenschutz (VwVBKIPSErstattPol) vom 17.03.2017 (GABI. S. 218)
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Finanzministeriums für die Überprüfung von Personen, die in Justizvollzugsanstalten oder Abschiebungshafteinrichtungen tätig werden und in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land stehen.(VwV Fremdpersonenüberprüfung) vom 25.07.2017
- Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Organisation des Einsatzes von Informationstechnik in der Landesverwaltung Baden-Württemberg (VwV IT-Organisation) vom 7. Juni 2016
- Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums zur Informationssicherheit (VwV Informationssicherheit) vom 7. April 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration über IT-Standards des Landes (VwV IT-Standards) vom 26. November 2018

Folgende Verwaltungsvorschriften sind in dieser Legislaturperiode außer Kraft getreten:

- Richtlinien der Landesregierung für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (luK) in der Landesverwaltung (e-Government-Richtlinien Baden-Württemberg 2005) vom 8. Juni 2004
- Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Standards des E-Government-Konzepts Baden-Württemberg Stand: 16.12.2013
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz, des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr über Gefahrendurchsagen im Rundfunk" vom 29. November 2010

Finanzministerium

Es wurden folgende Verwaltungsvorschriften neu erlassen:

- Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums und des Kultusministeriums zur Umsetzung von Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen (VwV KInvFG Kapitel 2) vom 1. Februar 2018
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums und des Finanzministeriums zur Umsetzung des Kommunalen Sanierungsfonds in den Jahren 2017 bis 2019 für die Sanierung von Schulgebäuden (VwV Kommunaler Sanierungsfonds Schulgebäude – VwV KommSan Schule) vom 1. Februar 2018
- Die VwV Agrarvermögen und VwV Verbilligung Grundstücke wurden neu veröffentlicht.

Aufgehobene Verwaltungsvorschriften:

Die Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums als ergänzende Regelung zum Cash Management (VwV Cash Management) gemäß VV Nummer 60.6 und 61.2 zu § 70 Landeshaushaltsordnung (LHO) und zu den Aufgaben der Landesoberkasse als zentrale Landeskasse gemäß VV Nummer 4.1 zu § 79 LHO vom 4. Juli 2012 wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2019 aufgehoben, da die inhaltlichen Regelungen der VwV Cash Management in die neuen überarbeiteten Verwaltungsvorschriften zur LHO (VV-LHO) integriert wurden.

Kultusministerium

Folgende Regelungen wurden erlassen und die Vorgängerregelungen aufgehoben bzw. sind außer Kraft getreten:

- Verwaltungsvorschrift Bauförderung Schulkindergärten (VwV SchulKG) vom 22.06.2017 – Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zum Bau von Schulkindergärten in freier Trägerschaft (FRSchulKG) vom 22.11.1999 wurden aufgehoben
- Verwaltungsvorschrift Internatsbauförderung (VwV Internat SBBZ) vom 22.06.2017 – Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen zum Bau von Schülerwohnheimen in freier Trägerschaft (FrHeimHS) vom 04.07.2001 wurden aufgehoben
- Verwaltungsvorschrift zum Arbeitsschutz an Schulen und Schulkindergärten vom 28.04.2017 – Verwaltungsvorschrift über den Arbeitsschutz an Schulen und Schulkindergärten vom 29.03.2001 (geändert durch die VwV vom 28.04.2003) wurde aufgehoben
- Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zur Kindertagespflege vom 6.3.2017 (K. u. U. S. 40, GABI. S. 144) – Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zur Kindertagespflege (VwV Kindertagespflege) vom 12.12.2013 (K. u. U. S. 33, GABI. S. 650) ist am 31.12.2016 außer Kraft getreten.
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die Grundsätze zum Unterricht für Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen an allgemein bildenden und beruflichen Schulen Verwaltungsvorschrift vom 31. Mai 2017 (K. u. U. S. 95) Verwaltungsvorschrift "Grundsätze zum Unterricht für Kinder und Jugendliche mit Sprachförderbedarf an allgemein bildenden und beruflichen Schulen" vom 1. August 2008 (K. u. U. S. 57) wurde aufgehoben
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Aufhebung der Verwaltungsvorschrift Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung vom 6.
 April 2016 (K. u. U. S. 179) Verwaltungsvorschrift Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung vom 4. August 1996 (K. u. U. S. 547) wurde aufgehoben
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die berufliche Orientierung an weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen (VwV Berufliche Orientierung) vom 3. August 2017 (K. u. U. S. 113) – [Mit Übergangsbestimmung] Verwaltungsvorschrift "Praktika zur Berufs- und Studienorientierung an allgemein bildenden Schulen" vom 28. Juli 2007 (K. u. U. S. 125)

Des Weiteren wurden folgende Regelungen erlassen:

- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über Organisationsstatute im Bereich der Kultusverwaltung (K. u. U. 2017, S. 15)
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die Förderung der Jugendbildung
- Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zur Umsetzung der Investitionsprogramme des Bundes "Kinderbetreuungsfinanzierung" vom 1.8.2016 (K. u. U. S.213, GABI. S. 560)

- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Umsetzung des Investitionsprogramms des Bundes "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2017 bis 2020 vom 6.10.2017 (K. u. U. S.215, GABI. S. 474)
- Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Umsetzung des Investitionsprogramms des Bundes "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2017 bis 2020 vom 30.4.2018 (K. u. U. S. 122, GABI. S. 318)
- Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zur Kindertagespflege vom 4.12.2017 (K. u. U. 2018 S. 12, GABI. S. 647)
- Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Schullaufbahnentscheidung an der Gemeinschaftsschule in Klasse 8 und 9 Verwaltungsvorschrift vom 5. Dezember 2017 (K. u. U. 2018, S.4)
- Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über das Aufnahmeverfahren für die auf der Grundschule aufbauenden Schularten; Orientierungsstufe Verwaltungsvorschrift vom 22. Juni 2017 (K. u. U. S. 101)
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums zur Schullaufbahnentscheidung an der Gemeinschaftsschule in Klasse 8 und 9 vom 11. Februar 2016 (K. u. U. S. 124)
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums und des Kultusministeriums zur Radfahrausbildung in der schulischen Verkehrserziehung (VwV-Radfahrausbildung) vom 16. August 2017, K. u. U. S. 180 [Federführung liegt beim IM]
- Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die Beratung der Erziehungsberechtigten an der Realschule (VwV Beratung Realschule) vom 11. Dezember 2018 (K. u. U. 2019 S. 10)

Folgende Regelungen wurden aufgehoben:

- Verwaltungsvorschrift Meldeverfahren und Teilnehmerauswahl bei Veranstaltungen an den Akademien für Lehrerfortbildung vom 21. Oktober 2002 (K. u. U. S. 343)
- Richtlinie des Kultusministeriums zur F\u00f6rderung der au\u00dderschulischen Jugendbildung (VwV)

Wissenschaftsministerium

Während der laufenden Legislaturperiode hat das Wissenschaftsministerium einmal unmittelbar Gebrauch von der "One In, One Out"-Regelung gemacht. Dazu wurde bei Erlass der Drittmittelrichtlinie vom 21. Dezember 2016 deren Vorgänger-Regelung vom 16. April 2010 aufgehoben.

Mittelbarer Gebrauch der "One In, One Out"-Regelung ergibt sich auch, wenn Verwaltungsvorschriften zwar ohne Aufhebung der Vorgängerregelung erlassen werden, diese Vorgänger-Regelung jedoch durch Befristung "von selbst" außer Kraft tritt. Denn auch hier kommt es nicht zu einer Erhöhung des Bestandes an Verwaltungsvorschriften.

Zu dieser Form des Gebrauchs kam es während der laufenden Legislaturperiode bislang zweimal. Die VwV-Sonderregelungen 2016 Hochschulen ist als Vorgängerregelung zur VwV-Sonderregelungen 2017 Hochschulen am 31. Dezember 2016, die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren vom 29. Dezember 2008 ist als Vorgängerregelung zur Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren vom 5. Dezember 2017 am 31. Dezember 2015 außer Kraft getreten. Weitere Fälle des Außerkrafttretens durch Fristablauf sind bereits absehbar.

<u>Insgesamt wurden während der laufenden Legislaturperiode Verwaltungsvorschriften</u> durch das Wissenschaftsministerium erlassen:

- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über Sonderregelungen zum Vollzug des Staatshaushaltsplans 2016 für den Bereich Hochschulen (VwV-Sonderregelungen 2016 Hochschulen) vom 10. Oktober 2016
- Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter zu §§ 13, 41 und 41 a des Landeshochschulgesetzes (Drittmittelrichtlinien DMRL) vom 21. Dezember 2016
- Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums zur Durchführung der Beurteilungsrichtlinien in seinem Geschäftsbereich (VwV-BRL-MWK/Geschäftsbereich) vom 27. Februar 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Teilzeitbeschäftigung in Form eines Freistellungsjahres (VwV-Freistellungsjahr) vom 9. August 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über Sonderregelungen zum Vollzug des Staatshaushaltsplans 2017 für den Bereich Hochschulen (VwV-Sonderregelungen 2017 Hochschulen) vom 21. September 2017
- Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren vom 5. Dezember 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über Sonderregelungen zum Vollzug des Staatshaushaltsplans 2018 für den Bereich Hochschulen (VwV-Sonderregelungen 2018 Hochschulen) vom 13. August 2018
- Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Regelung der Zuständigkeiten für personalrechtliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Personalverwaltung für die Bediensteten (ohne Beamtinnen und Beamte) vom 7. Dezember 2018
- Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Verwaltungsvorschrift für die Vergabe von Landeszuschüssen an Museen in nichtstaatlicher Trägerschaft vom 28. Dezember 2018

Insgesamt wurden während der laufenden Legislaturperiode Verwaltungsvorschriften durch das Wissenschaftsministerium beziehungsweise durch Fristablauf aufgehoben:

- Verwaltungsvorschriften des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter (Drittmittelrichtlinien – DMRL) zu §§ 13 und 41 Landeshochschulgesetz (LHG) vom 16. April 2010; aufgehoben durch Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter zu §§ 13, 41 und 41 a des Landeshochschulgesetzes (Drittmittelrichtlinien – DMRL) vom 21. Dezember 2016
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über Sonderregelungen zum Vollzug des Staatshaushaltsplans 2016 für den Bereich Hochschulen (VwV-Sonderregelungen 2016 Hochschulen) vom 10. Oktober 2016; aufgehoben durch Befristung

Ergänzend ist anzumerken, dass es lediglich in drei Fällen zu neuen materiellen Regelungen durch Verwaltungsvorschriften kam (VwV-BRL-MWK/Geschäftsbereich, VwV-Freistellungsjahr, Verwaltungsvorschrift des Wissenschaftsministeriums für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren). Im Übrigen handelt es sich um Anwendungen der "One In, One Out"-Regelung", Anknüpfungen an durch Fristablauf aufgehobene Verwaltungsvorschriften, inhaltliche Ablösungen oder um bloße Verlängerungen einer anderen Verwaltungsvorschrift gemäß Nummer 4.5.3 Satz 5 VwV-Regelungen.

Umweltministerium

Folgende Verwaltungsvorschriften wurden in dieser Legislaturperiode erlassen:

- Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums über die Förderung netzdienlicher Photovoltaik-Batteriespeicher (VwV netzdienliche PV-Batteriespeicher) vom 9. Januar 2019
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Neufassung des Bußgeldkatalogs zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes (VwV Bußgeldkatalog Umwelt) vom 23. Oktober 2018
- Bekanntmachung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zur Veröffentlichung der Verwaltungsvorschrift über das Förderprogramm Klimaschutz-Plus (VwV Klimaschutz-Plus 2018/2019) vom 12. Juni 2018
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur gesamtökologischen Beurteilung der Wasserkraftnutzung; Kriterien für die Zulassung von Wasserkraftanlagen bis 1.000 kW vom 15. Mai 2018
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft über das Förderprogramm KLIMOPASS vom 6. März 2018
- Bekanntmachung des Umweltministeriums zur Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen vom 20. Dezember 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft über den ehrenamtlichen Naturschutzdienst (VwV Ehrenamtlicher Naturschutzdienst) vom 19. Mai 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zur Erhebung von Daten auf dem Gebiet der öffentlichen Wasserversorgung (VwV-Landesstatistik öffentliche Wasserversorgung) vom 16. Januar 2017
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zur Durchführung von Teilzeitbeschäftigung in Form des Freistellungsjahres (VwV-Freistellungsjahr UM) vom 12. Oktober 2016
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und des Innenministeriums über den Warn- und Alarmplan am Rhein und an seinen Nebenflüssen (Warn- und Alarmplan Rhein) vom 10. August 2016

Außer Kraft treten

werden in der lfd. Legislaturperiode 13 Verwaltungsvorschriften, nämlich in 2019: 5; 2020: 5 und 2021: 3.

Wirtschaftsministerium

Folgende Regelungen wurden erlassen:

- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums für Beratungen von kleinen und mittleren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie von Büros der Freien Berufe (Beratungsrichtlinie), vom 7. Januar 2019
- VwV für die Übernahme von Bürgschaften des Landes und der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – (L-Bank) im Bereich der gewerblichen Wirtschaft (VwV Bürgschaften)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums für die Prüfung der Industrieund Handelskammern in Baden-Württemberg (IHK-Prüfungsrichtlinie) vom 30. November 2018 (GABI. 2018 S.740)

- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zum F\u00f6rderprogramm Wohnungsbau BW 2017 (VwV-Wohnungsbau BW 2017)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zum F\u00f6rderprogramm Wohnungsbau Baden-W\u00fcrttemberg 2018/2019 (VwV-Wohnungsbau BW 2018/2019)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums für die Erfassung von Kulturdenkmalen in einer Liste (VwV-Kulturdenkmalliste)

Folgende Regelungen wurden aufgehoben:

- Prüfungsrichtlinien des Finanz- und Wirtschaftsministeriums für die Prüfung der Jahresrechnungen der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, die ihre Bücher in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen (Verwaltungsvorschrift) vom 27. November 2011 (GABI. 2011 S. 567)
- Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zum Landeswohnraumförderungsprogramm 2015/2016 (VwV-LWFPr 2015/2016)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zum F\u00f6rderprogramm Wohnungsbau BW 2017 (VwV-Wohnungsbau BW 2017)

Folgende Regelungen wurden erlassen und wieder aufgehoben:

- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Durchführung von Teilzeitbeschäftigung in Form eines Freistellungsjahres (VwV Freistellungsjahr)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums, des Innenministeriums, des Finanzministeriums, des Sozialministeriums und des Verkehrsministeriums über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten (VwV-Prüfungstätigkeiten)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Aufhebung der Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zur Anwendung der gemeinsamen Beurteilungsrichtlinien aller Ministerien im Geschäftsbereich des Finanz- und Wirtschaftsministeriums für den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums mit Ablauf des 31. Dezember 2016
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau über das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge im öffentlichen Personenverkehr auf Straße und Schiene
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Förderung städtebaulicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsrichtlinien – StBauFR)
- Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zum Vollzug des Hochbaustatistikgesetzes (VwV HBauStatG)

Sozialministerium

Folgende Verwaltungsvorschriften wurden im Zeitraum 1. Mai 2016 bis 27. Februar 2019 neu erlassen und die Vorgängerregelungen aufgehoben bzw. sind außer Kraft getreten:

- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen an Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in Baden-Württemberg (VwV Deutsch für Flüchtlinge) vom 11. Mai 2016 (GABI. S. 478) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 15. Juli 2015 (GABI. S. 558) wurde aufgehoben;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Erstattung der Kosten für die Prüfung von Versicherungsträgern und sonstigen Organisationen der Sozialversicherung vom 14. November 2016 (GABI. S. 706) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 27. Oktober 2010 (GABI. S. 461) ist 2016 ausgelaufen;

- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen an Frauen- und Kinderschutzhäuser in Baden-Württemberg (VwV Frauen- und Kinderschutzhäuser) vom 20. Dezember 2016 (GABI. S. 77) bisherige Verwaltungsvorschrift vom 15. Januar 2015 (GABI. S. 66) ist 2016 ausgelaufen;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Fallpauschalen nach § 3 des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung vom 22. Dezember 2016 (GABI. 2017 S. 86) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 11. September 2009 (GABI. S. 251) ist 2016 ausgelaufen;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Erstattung der durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen entstandenen Fahrgeldausfälle vom 4. Mai 2017 (GABI. S. 225) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 4. April 2016 (GABI. S. 249) wurde aufgehoben;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Durchführung und Förderung von Maßnahmen im Freiwilligen Sozialen Jahr in Baden-Württemberg (VwV FSJ) vom 7. Juni 2017 (GABI. S. 327) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 5. August 2011 (GABI. S. 531) ist 2016 ausgelaufen;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums für die Gewährung von Zuwendungen an Familien mit Mehrlingsgeburten (VwV Mehrlinge 2017) vom 29. Juni 2017 (GABI. S. 341) bisherige VwV LErzG 2007 Mehrlinge vom 16. August 2007 (GABI. S. 521) ist zum 31. Dezember 2016 ausgelaufen;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Anerkennung und Förderung der anerkannten Schwangerschaftsberatungsstellen (VwV SchKG) vom 31. Januar 2018 (GABI. S. 58) bisherige Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2011 (GABI. S. 699) wurde aufgehoben;
- Richtlinien des Sozialministeriums und des Kultusministeriums über die ärztliche Untersuchung nach § 4 des Kindertagesbetreuungsgesetzes und die ärztliche Impfberatung nach § 34 Absatz 10 a des Infektionsschutzgesetzes vom 19. Januar 2018 (GABI. S. 184) – bisherige Richtlinien vom 28. September 2009 (GABI. S. 261, K. u. U. S. 202) wurden aufgehoben;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung vom 10. April 2018 (GABI. S. 321) bisherige Richtlinien des Kultusministeriums zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung vom 30. Juli 2002 (K. u. U. S. 267), geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 8. August 2001 (K. u. U. S. 336), wurden aufgehoben;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Erstattung der durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen entstandenen Fahrgeldausfälle vom 28. Mai 2018 (GABI. S. 344) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 4. Mai 2017 (GABI. S. 225) wurde aufgehoben;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Förderung von Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten im Bereich der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit (Verwaltungsvorschrift Bildungsreferenten-Programm VwV BiRef) vom 3. September 2018 (GABI. S. 642) bisherige Fördergrundsätze Bildungsreferenten-Programm vom 19. Januar 2016 (GABI. S. 135) wurden aufgehoben;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur F\u00f6rderung von dezentralen Wohnangeboten sowie von Betreuung- und Werkstattangeboten f\u00fcr Menschen mit Behinderungen (VwV Dezentrale Angebote) vom 27. November 2018 (GABI. S. 742) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 24. Juni 2013 (GABI. S. 317) ist 2017 au\u00dfer Kraft getreten;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Barbeträge nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (VwV Barbetrag BW) vom 20. November 2018 (GABI. S. 747) – bisherige Verwaltungsvorschrift vom 3. Juni 2011 (GABI. S. 477), die durch Verwaltungsvorschrift vom 19. November 2013 (GABI. S. 642) geändert worden ist, ist zum 30. Juni 2018 außer Kraft getreten;
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen an die Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Geflüchteten und anderen Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Würt-

- temberg (VwV Deutsch) vom 7. Dezember 2018 (GABI. S. 748) bisherige Verwaltungsvorschrift vom 11. Mai 2016 (GABI. S. 478), die zuletzt durch Verwaltungsvorschrift vom 5. Dezember 2017 (GABI. S. 656) geändert worden ist, ist 2018 außer Kraft getreten:
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Förderung von Elternkompetenzen im Rahmen des Programms STÄRKE 2019 (VwV STÄRKE 2019) vom 31. Januar 2019 (GABI. S. 100) bisherige Verwaltungsvorschrift vom 27. Mai 2014 (GABI. S. 299), die durch Verwaltungsvorschrift vom 10. September 2014 (GABI. S. 601) geändert worden ist, ist 2018 außer Kraft getreten.

<u>Folgende Verwaltungsvorschriften wurden im Zeitraum 1. Mai 2016 bis 27. Februar 2019 erlassen:</u>

- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über den Beirat beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Baden-Württemberg nach § 279 Absatz 4 a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (VwV MDK-Beirat) vom 8. April 2016 (GABI. S. 340);
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Kostenerstattung für kommunale Gleichstellungsbeauftragte bei den Stadt- und Landkreisen sowie Gemeinden mit einer Einwohnerzahl ab 50 000 (VwV kommunale Gleichstellungsbeauftragte) vom 10. August 2016 (GABI. S. 561);
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums für die Förderung Interdisziplinärer Frühförderstellen (VwV-IFF) vom 27. März 2017 (GABI. S. 192);
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zum Vollzug des Prostituiertenschutzgesetzes gegenüber dem Prostitutionsgewerbe (ProstSchVwV-Gewerbe) vom 5. Dezember 2017 (GABI. S. 656, ber. 2018 S. 58);
- Zuwendungsrichtlinien des Ministeriums für Soziales und Integration zur Förderung des Integrationsmanagements in den Städten, Gemeinden und Landkreisen (VwV Integrationsmanagement) vom 11. Dezember 2017 (GABI. S. 711);
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der digitalen Unterstützung des Integrationsmanagements (Verwaltungsvorschrift Digitales Integrationsmanagement VwV DigIntM) vom 11. Juli 2018 (GABI. S. 410).

Folgende Verwaltungsvorschriften wurden im Zeitraum 1. Mai 2016 bis 27. Februar 2019 aufgehoben bzw. sind außer Kraft getreten:

- Richtlinien des Sozialministeriums für die Gewährung von Landeserziehungsgeld für Geburten und Adoptionen ab 1. Mai 2003 (RL-LErzG 2004) vom 20. Juli 2004 (GABI. S. 616), die zuletzt durch Verwaltungsvorschrift vom 3. Dezember 2012 (GABI. S. 980) geändert worden ist, ist zum 31. Dezember 2016 außer Kraft getreten:
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Aufhebung der Prüfungsordnung für die Durchführung von Prüfungen zum Nachweis berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse für Ausbilderinnen und Ausbilder bei landesunmittelbaren Sozialversicherungsträgern vom 3. März 2017 (GABI. S 180);
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Aufhebung der Verwaltungsvorschrift zur Dokumentationspflicht der Hebammen und Entbindungspfleger vom 20. April 2017 (GABI. S. 225);
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums für die Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb von Einrichtungen zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung (VwV-Diamorphin) vom 29. Juli 2010 (GABI. S. 306) ist zum 30. Juni 2017 außer Kraft getreten.
- Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Durchführung der Einschulungsuntersuchung und der Jugendzahnpflege (VwV ESU und Jugendzahnpflege) vom 8. Dezember 2011 (GABI. S. 651) ist zum 31. Dezember 2018 außer Kraft getreten.

Ministerium Ländlicher Raum und Verbraucherschutz

Erlassene Verwaltungsvorschriften seit Beginn der Legislaturperiode (bei den kursiv gehaltenen Vorschriften konnte dem Prinzip "One In, One Out" dadurch Rechnung getragen werden, dass die entsprechenden Vorgängervorschriften zeitnah oder gleichzeitig aufgehoben wurden bzw. außer Kraft traten):

- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, des Justizministeriums und des Innenministeriums über die Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Verstößen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (GABI. S. 485)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Tierzucht (VwV Tierzuchtförderung) (GABI. S. 490)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Dorfhelferinnen- und Betriebshelfereinrichtungen (GABI. S. 551)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Zuständigkeiten der unmittelbar nachgeordneten Behörden (ausgenommen Regierungspräsidien) nach dem Landesreisekostengesetz und der Landestrennungsgeldverordnung (GABI. S. 565)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Fischerei nach der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (VwV Fischereiförderung) (GABI. S. 631)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Landjugend im Rahmen des Landesjugendplans (GABI. S. 708)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung von Teilzeitbeschäftigung in Form des Freistellungsjahres (VwV Freistellungsjahr MLR) (GABI. S. 711)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Entschädigung für ehrenamtlich tätige Personen und für Mitglieder von Prüfungsausschüssen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Hufbeschlagverordnung (VwV MLR EntschEA) (GABI. S. 715)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Beratung zur Betrieblichen Standortbestimmung (VwV Betriebs-Check) (GABI. 2017 S. 180)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse (VwV Imkereiförderung) (GABI. S. 225)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Gewährung von Beihilfen nach dem EU-Schulprogramm (VwV-EU-Schulprogramm) (GABI. S. 345)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Gewährung einer Zuwendung für Waldlebensraumtypen in Natura 2000-Gebieten (VwV Umweltzulage Wald – VwVUZW) (GABI. S. 414)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Gewährung von Zuschüssen für Agrarumweltmaßnahmen durch Handarbeitsbewirtschaftung im Weinbau (VwV Förderung Handarbeitsweinbau) (GABI. S. 450)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über Zuwendungen zur Sanierung und den Bau von Tierheimen (VwV-Tierheime) (GABI. S. 716)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit Vorgaben und Leitlinien für die beteiligten Stellen des Verwaltungsund Kontrollsystems zur Abwicklung von aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanzierten Vorhaben im Rahmen des EFRE-

- Programms Baden-Württemberg 2014 bis 2020 Innovation und Energiewende (VwV EFRE-Vorgaben und Leitlinien Förderhandbuch) (Bekanntmachung Veröffentlichung in GABI. S. 721)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Aufstellung und Feststellung beziehungsweise Genehmigung des Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes (VwV Planfeststellung Flurneuordnung – VwV PlafeFlur –) (GABI. S. 117)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die nachhaltige Modernisierung von Ländlichen Wegen (VwV MoLWe) (GABI. S. 173)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung von Beratungsmodulen für die Landwirtschaft (VwV Beratung) (GABI. S. 177)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung der Jägerprüfungsordnung (JPrOVwV) (GABI. S. 193)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung von Bio-Musterregionen Baden-Württemberg (VwV Bio-Musterregionen) (GABI. S. 344)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über Zuwendungen zur Stärkung des ökologischen Landbaus (GABI. S. 646)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für die Ehrung verdienter Persönlichkeiten und Unternehmen sowie die Auszeichnung von Erzeugnissen (GABI. S. 685)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Genehmigung von operationellen Programmen und die Gewährung von Beihilfen nach der gemeinsamen Marktorganisation im Sektor Obst und Gemüse (VwV GMO Obst und Gemüse) (GABI. S. 687)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Umbenennung der Landesanstalt "Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume" sowie der Einrichtung eines Landeszentrums für Ernährung an der Landesanstalt (GABI. S. 700)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten (PrüfVergVwV-MLR) (GABI. 2019 S. 44)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Landjugend im Rahmen des Landesjugendplans (GABI., S. 102)

Außer Kraft getretene Verwaltungsvorschriften seit Beginn der Legislaturperiode:

- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zur Förderung der Dorfhelferinnen- und Betriebshelfereinrichtungen (GABI. 2008, S. 332)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über die Entschädigung für ehrenamtlich tätige Personen und für Mitglieder von Prüfungsausschüssen nach dem Berufsbildungsgesetz und der Hufbeschlagverordnung (GABI. 2009, S. 224)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über die Zuständigkeiten der unmittelbar nachgeordneten Behörden (ausgenommen Regierungspräsidien) nach dem Landesreisekostengesetz und der Landestrennungsgeldverordnung (GABI. 2009, S. 187)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse (VwV Imkereiförderung) (GABI. 2014, S. 346)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über die Zusammenführung des Bildungs- und Wissenszentrums Aulendorf – Viehhal-

- tung, Grünlandwirtschaft, Wild, Fischerei (Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung und Grünlandwirtschaft LVVG) Aulendorf und der Staatlichen Milchwirtschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalt Dr.-Oskar-Farny-Institut Wangen im Allgäu (MLF) zum Landwirtschaftlichen Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei Baden-Württemberg (LAZBW) (GABI. 2009, S. 118)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Beratung zur Betrieblichen Standortbestimmung (VwV Betriebs-Check) (GABI. 2016, S. 183)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Ausbildung und Prüfung zur Veterinärhygienekontrolleurin oder zum Veterinärhygienekontrolleur (VwV-VetHK) (GABI. 2015, S. 538)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz über die Gewährung der Schulmilch-Beihilfe (VwV Schulmilch-Beihilfe) (GABI. 2011, S. 67)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Gewährung von Beihilfen nach dem EU-Schulobst und -gemüseprogramm (VwV-EU-Schulobst- und -gemüseprogramm) (GABI. 2013, S. 623)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über Zuwendungen zur Sanierung und den Bau von Tierheimen (VwV-Tierheime) (GABI. 2015, S. 84)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz zur Anerkennung von Beratungsanbietern und Beratungskräften für die einzelbetriebliche Energieberatung in der Landwirtschaft (GABI. 2010 S. 454)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung von Beratungsmodulen für die Landwirtschaft (VwV Beratung) (GABI. 2015, S. 636)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum für die Aufstellung und Feststellung bzw. Genehmigung des Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes (VwV Planfeststellung Flurneuordnung – VwV PlafeFlur –) (GABI. 2009, S. 110).
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit Vorgaben und Leitlinien für die beteiligten Stellen des Verwaltungsund Kontrollsystems zur Abwicklung von aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanzierten Vorhaben im Rahmen des EFRE-Programms Baden-Württemberg 2014 bis 2020 Innovation und Energiewende (VwV EFRE-Vorgaben und Leitlinien Förderhandbuch) (Hinweis auf Veröffentlichung in GABI. 2016, S. 4)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung der Jägerprüfungsordnung (JPrOVwV) (GABI. 2013, S. 271)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über Zuwendungen zur Stärkung des ökologischen Landbaus (GABI. 2014, S. 584)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten (PrüfVergVwV-MLR) (GABI. 2014, S. 123)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Bestimmung der einheitlich anzuwendenden Verfahren der elektronischen Datenverarbeitung bei Durchführung von Förder- und Ausgleichsmaßnahmen (GABI. 2011, S. 589)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Förderung der Landjugend im Rahmen des Landesjugendplans (GABI. 2016, S. 708)

Justizministerium

Neu erlassene Verwaltungsvorschriften:

- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums betreffend die sozialverträgliche Umsetzung der Notariats- und Grundbuchamtsreform im Unterstützungsbereich der Amtsnotariate (VwV Sozialverträgliche Umsetzung Notariats- und Grundbuchamtsreform) vom 16. September 2016 (Die Justiz S. 401)
- Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz und für Europa über die Fachaufsicht der Justiz über die Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg und die Geschäftsordnung der IT-Kontrollkommission gemäß § 1 Absatz 3 Satz 4, Absatz 5 Satz 1 und 2 sowie Absatz 6 BITBWG (VwV IT-Kontrolle Justiz) vom 15. Juli 2016 (Die Justiz S. 333)

Aufgehobene Verwaltungsvorschriften:

- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zum Vollzugsgesetzbuch vom 8. März 2010 (Die Justiz 109)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die geschäftliche Behandlung von nicht in besonderer amtlicher Verwahrung befindlichen Verfügungen von Todes wegen vom 16. Dezember 2011 (Die Justiz 2012, S. 35)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die dienstliche Anlassbeurteilung für Bewerbungen auf Dienstposten in den Abteilungen "Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege" vom 8. Oktober 2013 (Die Justiz S. 343)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die Notarakademie Baden-Württemberg vom 5. Oktober 2010 (Die Justiz S. 388)
- Erste Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zur Ausführung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit (1. VV LFGG) vom 14. Dezember 2011 (Die Justiz 2012, S. 17)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums betreffend das Verfahren zur Besetzung der Dienstposten in den Abteilungen "Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege" bei den staatlichen Notariaten (VwV Besetzung Beurkundungsabteilungen) vom 9. Dezember 2013 (Die Justiz 2014, S. 4);
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die Bestellung und Aufgaben der Ratschreiber vom 5. Oktober 2009 (Die Justiz S. 312)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über die Geschäftsübersichten der Notariate vom 4. November 2014 (Die Justiz S. 281)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zu Datenschutz und Datensicherheit in den Notariaten und Grundbuchämtern vom 18. Juli 2016 (Die Justiz S.335)
- Anordnung über die Geschäftsstellen der Notariate und Grundbuchämter, Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums vom 3. November 2007 (Die Justiz S. 376)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zu den Auswirkungen des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit im württembergischen Rechtsgebiet vom 20. Oktober 2009 (Die Justiz S. 340)
- Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums über Geldstellen, Kosteneinzug und Haushaltswesen der Notariate (GKostBest) vom 30. Oktober 2015 (Die Justiz 2016, S. 1)

<u>Aufgehobene/außer Kraft getretene Verwaltungsvorschriften mit anschließendem/späterem Neuerlass</u>

 Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zum Hinterlegungsgesetz (VVHintG) vom 6. Juni 2017 (Die Justiz S. 242), die die Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zum Hinterlegungsgesetz (VVHintG) vom 11. Oktober 2010 (Die Justiz S. 366) ersetzt hat Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zur Ausführung der Bundesnotarordnung und über die Dienstordnung für Notarinnen und Notare (VwV
Notarwesen) vom 21. September 2017 (Die Justiz S. 357), die die Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums zur Ausführung der Bundesnotarordnung vom
6. Juni 2014 (Die Justiz S. 153) ersetzt hat

Im Bereich des Strafvollzugs sind aufgrund der Verfallsautomatik folgende Verwaltungsvorschriften des Justizministeriums unwirksam geworden, ihr Neuerlass ist allerdings möglichst zeitnah vorgesehen, weshalb diese VwVen zuvor nicht berücksichtigt worden sind:

- Verwaltungsvorschrift zum Schicht- und Wechseldienst sowie zum Bereitschaftsdienst im Justizvollzug (VwV Schicht- und Wechseldienst) vom 28.7.2011 (Die Justiz S. 284)
- VwV über die Aufwandsentschädigung für die Durchführung von Freizeitveranstaltungen der Gefangenen vom 21.7.2011 (Die Justiz S. 309)
- VwV vom 16.6.2010 zur praktischen Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der mittleren Dienste bei den JVAen des Landes Baden-Württemberg (Die Justiz S. 273)
- VwV über die Verlegung in sozialtherapeutische Einrichtungen in Baden-Württemberg vom 25.11.2011 (Die Justiz 2012 S. 1)
- VwV über Substitution im Justizvollzug vom 15.7.2011 (Die Justiz S. 210)
- VwV über das Gesundheitswesen im Justizvollzug vom 4.7.2011 (Die Justiz S. 200)
- VwV zur Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen vom 7.8.2012 (Die Justiz S. 407)

Verkehrsministerium

- Verwaltungsvorschrift des Verkehrsministeriums über die Finanzierung der Planung und des Baus von Landes- und Bundesstraßen durch Dritte (VwV Finanzierungsbeteiligung Straßen) vom 6. November 2018 Az.: 2-0430.7/47 –
- Verwaltungsvorschrift des Verkehrsministeriums zur Einführung der Richtlinien über die Rechtsverhältnisse an Kreuzungen und Einmündungen von Bundesfernstraßen und anderen öffentlichen Straßen (VwV StraKR) vom 2. September 2018 – Az.: 2-3911.22/3 –
- Aufgrund der VwV-Regelungen vom 27. Juli 2010 trat die "Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr über die Einrichtung und Ausstattung von Luftaufsichtsstellen an Flugplätzen ohne Flugverkehrskontrolle und über die Kostenerstattung" (VwV-Luftaufsichtsstellen) außer Kraft. Sie wurde mit Datum vom 6. Dezember 2016 mit einigen Änderungen erneut in Kraft gesetzt: GABI 2016, S. 718.
- 2. welche konkreten Einsparungen durch die Umsetzung dieser Regelung für das Land bislang erzielt wurden;

Konkrete Einsparungen können nicht beziffert werden, nicht zuletzt weil der Erfüllungsaufwand einzelner Regelungen erst seit 2018 einheitlich und flächendeckend berechnet wird. Häufig jedoch wurden überholte Verwaltungsvorschriften durch neue ersetzt, die grundsätzlich einen vergleichbaren Regelungsgehalt haben. In diesen Fällen verändert sich der Erfüllungsaufwand nicht nennenswert.

3. wie viele und welche Rechtsvorschriften in dieser Legislaturperiode über die Verwaltungsvorschriften hinaus in Baden-Württemberg erlassen wurden (unterteilt nach Art der Rechtsvorschrift und der jeweiligen federführenden Ressortverantwortlichkeit);

Staatsministerium

- Gesetz zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
- Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
- Gesetz zum Einundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Anpassung des Medien-Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679
- Gesetz zu dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag
- Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Innenministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und anderer Gesetze
- Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes
- Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Baden-Württemberg
- Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes und anderer Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz
- Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes
- Gesetz zur Abwehr alkoholbedingter Störungen der öffentlichen Sicherheit
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 69/82/EG des Rates
- Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes
- Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg
- Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes
- Gesetz zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts und sonstiger Vorschriften an die Verordnung (EU) 2016/679

- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung
- Verordnung des Innenministeriums, des Staatsministeriums, des Finanzministeriums, des Kultusministeriums, des Wissenschaftsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Sozialministeriums, des Justizministeriums, des Verkehrsministeriums und des Rechnungshofs zur Schaffung von Gebührenregelungen zum Landesinformationsfreiheitsgesetz
- Zweite Verordnung des Innenministeriums zur weiteren Erstattung der Gesundheitsleistungen für die auf Grund der Anordnung des Innenministeriums nach § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes vom 16. März 2015 aufgenommenen Personen auf dem Nordirak
- Verordnung des Innenministeriums über die Zuweisung von Aufgaben nach dem Feuerwehrgesetz an das Landratsamt Böblingen
- Verordnung des Innenministeriums über die Neufestsetzung der Pauschalen nach § 15 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes für das Jahr 2015
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Arbeitszeit und Urlaubsverordnung
- Verordnung der Landesregierung und des Innenministeriums zur Änderung der Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung

- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes
- Verordnung des Innenministeriums über die Ausbildung und Prüfung für den gehobenen Dienst im Verfassungsschutz
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Kommunalwahlordnung
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Geldwäschegesetz
- Verordnung des Innenministeriums über das kommunale Prüfungswesen
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Laufbahnverordnung-Innenministerium
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Polizei-Laufbahnverordnung
- Verordnung des Innenministeriums über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und Ortsvorsteher 2017/2018
- Verordnung des Innenministeriums und des Kultusministeriums zur Aufhebung der Polizeifachhochschulreifeverordnung
- Verordnung des Innenministeriums über die Mitwirkung von Helfer-vor-Ort-Systemen in Ergänzung zur Notfallrettung
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Laufbahnverordnung-Innenministerium
- Neunte Verordnung des Innenministeriums zur Anpassung des Landesrechts an die geänderten Geschäftsbereiche und Bezeichnung der Ministerien
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Polizeidienstkleidungsverordnung
- Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst

Finanzministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes und anderer Gesetze
- Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19
- Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer dienstrechtlicher Vorschriften
- Haushaltsbegleitgesetz 2018/19
- Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19
- Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2017/2018
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Finanzausgleichsgesetzes
- Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
- Haushaltsbegleitgesetz 2017
- Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016
- Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

In dieser Legislaturperiode erlassene Verordnungen:

- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Anwärtersonderzuschlagsverordnung
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg
- Verordnung des Finanzministeriums und des Innenministeriums zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 2017
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Verordnung zur Verlagerung der EU-Finanzkontrolle vom Finanz- und Wirtschaftsministerium an die Oberfinanzdirektion Karlsruhe
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzreformgesetzes
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Verordnung über das Rechenzentrum der Steuerverwaltung
- Verordnung des Finanzministeriums und des Innenministeriums zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 2016
- Gesetz über Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Anwärtersonderzuschlagsverordnung
- Verordnung des Ministeriums für Finanzen zur zulässigen Kreditaufnahme nach § 18 LHO
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Beihilfeverordnung
- Verordnung des Finanzministeriums zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Erteilung von Bescheinigungen nach § 4 Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Umsatzsteuergesetzes
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Erschwerniszulagenverordnung Baden-Württemberg
- Verordnung des Finanzministeriums zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung gehobener Dienst der Allgemeinen Finanzverwaltung

Kultusministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Umsetzung des Qualitätskonzepts für die öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg
- Gesetz über das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung
- Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern, dem Land Berlin, dem Land Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Hessen, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Land Niedersachsen, dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Saarland, dem Freistaat Sachsen, dem Land Sachsen-Anhalt, dem Land Schleswig-Holstein und dem Freistaat Thüringen über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag)
- Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und dessen Vollzugsverordnung und zur Änderung des Landeshochschulgesetzes
- Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
- Gesetz über das Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg Gesetz über die Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen wurde aufgehoben
- Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes vom 18.12.2018 (GBI. S. 1549)
 Artikel 4: Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes,
 Artikel 1 bis 3 betreffen nicht den Zuständigkeitsbereich des KM

In dieser Legislaturperiode erlassene Verordnungen:

- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnungen über den Vorbereitungsdienst und die Zweite Staatsprüfung der Lehrämter
- Verordnung des Kultusministeriums zur Neufassung der Abiturverordnung Gymnasien der Normalschulform, der Abendgymnasien-Verordnung, der Kolleg-Verordnung und zur Änderung weiterer schulrechtlicher Vorschriften Geändert:
 - Verordnung über die Abiturprüfung für Schüler an Freien Waldorfschulen vom 28. April 2011 (GBI. S. 209)
 - Fachhochschulreifeverordnung Gymnasien vom 17. Mai 2009 (GBI. S. 238)
 - Versetzungsordnung Gymnasien vom 30. Januar 1984 (GBI. S. 149)
 - SMV-Verordnung vom 8. Juni 1976 (GBI. S. 524)
 - Schulbuchzulassungsverordnung vom 11. Januar 2011 (GBl. S. 3)
 - Verordnung über die Prüfung für den Hochschulzugang von besonders befähigten Berufstätigen (Begabtenprüfung) vom 16. Oktober 1984 (GBI. S. 621)

Neu:

- Verordnung des Kultusministeriums über die Jahrgangsstufen sowie die Abiturprüfung an Gymnasien der Normalform und Gymnasien in Aufbauform (Abiturverordnung Gymnasien der Normalform – AGVO)
- Verordnung des Kultusministeriums über allgemein bildende Abendgymnasien (Abendgymnasien-Verordnung)
- Verordnung des Kultusministeriums über den Bildungsgang und die Abiturprüfung an den Kollegs (Kolleg-Verordnung KollegVO)

Aufgehoben [mit Übergangsbestimmungen]:

- Abiturverordnung Gymnasien der Normalform vom 24. Juli 2001 (GBI. S. 518)
- Abendgymnasien-Verordnung vom 25. November 2010 (GBI. S. 1038)
 Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung an den Kollegs vom 10. März 2010 (GBI. S. 345)
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften <u>Dadurch betroffene Verordnungen:</u>
- Verordnung des Kultusministeriums über die Sekundarstufe I und die gymnasiale Oberstufe der Gemeinschaftsschule vom 22. Juni 2012 (GBL S. 470, K. u. U. S. 117)
- Multilaterale Versetzungsordnung vom 19. April 2016 (GBI. S. 303, 323, K. u. U. S. 133)
- Versetzungsordnung Gymnasien vom 30. Januar 1984 (GBI. S. 149, K. u. U. S. 63)
- Stundentafelverordnung Gymnasien vom 23. Juni 1999 (GBL S. 323, K. u. U. S. 179)
- Verordnung des Kultusministeriums über die Abiturprüfung für Schüler an Freien Waldorfschulen vom 28. April 2011 (GBI S. 209, K. u. U. S. 116)
 Aufhebung der Verordnung des Kultusministeriums über Schulverbünde mit der Gemeinschaftsschule vom 15. April 2013 (GBI. S. 85)
- Privatschulbauverordnung (VOSchulBau) wurde am 22.06.2017 neu erlassen die Privatschulbauverordnung vom 13.03.2007 wurde aufgehoben
- Verordnung des Kultusministeriums über die regionale Schulentwicklung an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Laufbahnverordnung Kultusministerium
- Verordnung des Kultusministeriums zum Ausbau des Informatikunterrichts der auf der Grundschule aufbauenden Schulen und zur Änderung weiterer schulrechtlicher Vorschriften

<u>Dadurch betroffene Verordnungen:</u>

 Verordnung über die Stundentafel der Grundschule vom 31. Juli 2001 (GBL S. 501, K. u. U. 289)

- Werkrealschulverordnung vom 11. April 2012 (GBI. S. 334, K. u. U. S. 90)
- Verordnung über die Stundentafel der Realschule vom 28. April 1994 (GBI, S. 286, K. u. U. S. 412).
- Realschulversetzungsordnung vom 19. April 2016 (GBI. S. 308, 313, K. u. U. S. 183)
- Gemeinschaftsschulverordnung vom 22. Juni 2012 (GBI. S. 470, K. u. U. S. 117)
- Stundentafelverordnung Gymnasien vom 23. Juni 1999 (GBL S. 323, K. u. U. S. 179)
- Versetzungsordnung Gymnasien vom 30. Januar 1984 (GBI. S. 149, K. u. U. S. 63)
- Verordnung über die Schulen besonderer Art vom 4. Juni 2009 (GBI. S. 254, K. u. U. S. 93)
- Verordnung zur Regelung der Stundentafeln für die Vorbereitungsklassen allgemein bildender Schulen vom 21. Juni 2017 (GBI. S. 344, 346, K. u. U. S. 152)
- Schulbesuchsverordnung vom 21. März 1982 (GBI. S. 176, K. u. U. S. 387)
- Notenbildungsverordnung vom 5. Mai 1983 (GBL S. 324, K. u. U. S. 449)
- Elternbeiratsverordnung vom 16. Juli 1985 (GBI. S. 236, K. u. U. S. 353)
 [Lediglich Änderung bestehender Rechtsverordnungen]
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Lehrkräfte-ArbeitszeitVO
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften beruflicher Schulen
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnung über die Gebühren in den staatlichen Aufbaugymnasien mit Heim
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnung über die Gebühren in den staatlichen sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit Internat
- Verordnung des Kultusministeriums über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn der Technischen Lehrkräfte an beruflichen Schulen
- Verordnung des Kultusministeriums zur Durchführung der Ausgleichsgewährung nach § 17 Abs. 2 des Privatschulgesetzes
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften Geändert:
 - Verordnung über die Stundentafel der Grundschule vom 31. Juli 2001 (GBI. S. 501)
 - Grundschulversetzungsordnung vom 30. Januar 1984 (GBI. S. 145)
 - Werkrealschulverordnung vom 11. April 2012 (GBI. S. 334)
 - Aufnahmeverordnung für die sechs- und siebenjährigen Aufbaugymnasien vom 6. September 2006 (GBI. S. 612)
 - Realschulabschlussprüfungsordnung vom 4. August 1994 (Gbl. S. 417)
 - Verordnung über die Stundentafel der Realschule vom 28. April 1994 (GBI. S. 286)
 - Verordnung über die Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule vom 22. Juni 2012 (GBI. S. 470)
 - Stundentafelverordnung Gymnasien vom 23. Juni 1999 (GBI. S. 323)
 - Versetzungsordnung Gymnasien vom 30. Januar 1984 (GBI. S. 149)
 - Abiturverordnung Gymnasien der Normalform vom 24. Juli 2001 (GBI. S. 518)
 - Verordnung über die Abiturprüfung für Schüler an Freien Waldorfschulen vom 28. April 2011 (GBI. S. 209)
 - Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung an Kollegs vom 10. März 2010 (GBI. S. 345)
 - Abendgymnasien-Verordnung vom 25. November 2010 (GBI. S. 1038)
 - Verordnung über die Schulen besonderer Art vom 4. Juni 2009 (GBI. S. 254)
 - Abiturverordnung berufliche Gymnasien vom 12. März 2014 (GBl. S. 178)

- Schulbuchzulassungsverordnung vom 11. Januar 2007 (GBI. S. 3)
- Notenbildungsverordnung vom 5. Mai 1983 (GBI. S. 324)
- Elternbeiratsverordnung vom 16. Juli 1985 (GBI. S. 236)
- Landesschulbeiratsverordnung vom 24. Februar 1999 (GBI. S. 121)
- Versetzungsordnung berufliche Gymnasien vom 19. Mai 1999 (GBI. S. 254, ber. S. 359)
- Fachhochschulreifeverordnung Gymnasien vom 17. Mai 1999 (GBI. S. 238) Neu:
- Verordnung des Kultusministeriums über die Leistungsbeurteilung in Grundschulen und sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (LeistungsbeurteilungsVO GS)
- Verordnung des Kultusministeriums über die Versetzung und den Wechsel der Niveaustufen an Realschulen (Realschulversetzungsordnung)
- Verordnung des Kultusministeriums über die notwendigen Lernmittel (Lernmittelverordnung)
- Verordnung des Kultusministeriums über den Übergang zwischen Werkrealschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien der Normalform (Multilaterale Versetzungsordnung – MVO)

Aufgehoben:

- Verordnung des Kultusministeriums über die Schülerbeurteilung in Grundschulen und Sonderschulen vom 29. November 1983 (Gbl. 1984 S. 3)
- Realschulversetzungsordnung vom 30. Januar 1984 (GBI. S. 147)
- Lernmittelverordnung vom 19. April 2004 (GBI. S. 368, ber. S. 652)
- Multilaterale Versetzungsordnung vom 12. Dezember 2010 (GBI. 2011 S. 9)
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Laufbahnverordnung Kultusministerium
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Aufnahmeverordnung berufliche Gymnasien dreijährige Aufbauform
- Verordnung des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Innenministeriums zur Änderung der Schullastenverordnung
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften beruflicher Schulen
- Verordnung des Kultusministeriums über die Erhebung einer Versorgungsabgabe nach dem Privatschulgesetz
- Verordnung des Kultusministeriums zur Anwendung des Stichtags für die Zuschüsse an Ersatzschulen
- Verordnung des Kultusministeriums zur Stärkung der Realschule
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung schulrechtlicher Vorschriften und zur Regelung der Stundentafeln der Vorbereitungsklassen allgemein bildender Schulen
- Verordnung des Kultusministeriums über die Förderung des Schulhausbaus bei Schulen in freier Trägerschaft
- Verordnung des Kultusministeriums über die praxisintegrierte Ausbildung und Prüfung an den Fachschulen für Sozialpädagogik-Berufskollegs
- Prüfungsordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen bei der zuständigen Stelle für die Berufsbildung im öffentlichen Dienst
- Änderung der Prüfungsordnungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe für die Durchführung von Abschluss- und Umschulungsprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes und für die Durchführung von Fortbildungsprüfungen zur Verwaltungsfachwirtin / zum Verwaltungsfachwirt
- Verordnung des Kultusministeriums, des Finanzministeriums und des Innenministeriums zur Änderung der Schullastenverordnung
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung an der Schule zur Ausbildung von Akkordeonlehrern Berufskolleg –
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Abiturverordnung der Versetzungsordnung an beruflichen Gymnasien

- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Rahmenvorgabenverordnung Lehramtsstudiengänge
- Verordnung des Kultusministeriums zur Änderung der Verordnung über die Gebühren in den staatlichen Heimsonderschulen
- Verordnung des Kultusministerium zur Änderung der Verordnung über die Gebühren in den staatlichen Aufbaugymnasien mit Heim
- Verordnung des Kultusministeriums über Rahmenvorgaben für die Umstellung der Studiengänge für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen mit den beruflichen Fachrichtungen Gerontologie, Gesundheit und Care sowie Sozialpädagogik/Pädagogik auf die gestufte Studiengangstruktur
- Multilaterale Versetzungsordnung vom 19. April 2016 (GBI. S. 308)
 Verordnung über die Stundentafel der Realschule vom 28. April 1994 (GBI. S. 286)

Wissenschaftsministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Weiterentwicklung des Hochschulrechts
- Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes und anderer Gesetze

- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Hochschulvergabeverordnung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Zulassungszahlenverordnung Universitäten 2018/2019
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Zulassungszahlenverordnung-PH 2018/2019
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Gebühren des Landesarchivs
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge im Vergabeverfahren der Universitäten im Wintersemester 2018/2019 und im Sommersemester 2019
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Wintersemester 2018/2019 und im Sommersemester 2019
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Pädagogischen Hochschulen im Wintersemester 2018/2019 und im Sommersemester 2019
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Hochschulvergabeordnung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge im zentralen Vergabeverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung im Wintersemester 2018/2019 und im Sommersemester 2019
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Vergabeverordnung Stiftung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Studienakkreditierung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Aufnahmeprüfung und weiter Zulassungsvoraussetzungen für die Studiengänge an der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Befreiung von Studiengebühren für Internationale Studierende
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge im Vergabeverfahren der Universitäten im Wintersemester 2017/2018 und im Sommersemester 2018
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Pädagogischen Hochschulen im Wintersemester 2017/2018 und Sommersemester 2018

- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Wintersemester 2017/2018 und im Sommersemester 2018
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Hochschulvergabeverordnung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge im zentralen Vergabeverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung im Wintersemester 2017/2018 und im Sommersemester 2018
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Vergabeverordnung Stiftung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Verordnung über die Kapazitätsrelevanz von aus Qualitätssicherungsmitteln finanzierten Stellen
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Prüfung in den Bachelor-Studiengängen "Musikbusiness", "Popmusikdesign" und "Weltmusik" an der Popakademie Baden-Württemberg
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur sozialen Betreuung und Förderung der Studierenden der Hochschule für Rechtspflege in Schwetzingen
- Verordnung der Landesregierung und des Wissenschaftsministeriums über die Zuständigkeiten nach dem Kulturgutschutzgesetz
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Lehrverpflichtungen an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Dualen Hochschule
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge im Vergabeverfahren der Universitäten im Wintersemester 2016/2017 und im Sommersemester 2017
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Änderung der Kapazitätsverordnung
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Pädagogischen Hochschulen im Wintersemester 2016/2017 und im Sommersemester 2017
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Wintersemester 2016/2017 und im Sommersemester 2017
- Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung von Zulassungszahlen für die Studiengänge im zentralen Vergabeverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung im Wintersemester 2016/2017 und im Sommersemester 2017

Umweltministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Umweltverwaltungsgesetzes und anderer Gesetze
- Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung Baden-Württemberg

- Verordnung der Landesregierung zur Öffnung der Ausschreibung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen für Gebote auf Acker- und Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten
- Verordnung des Umweltministeriums und des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der Nationalparkverwaltung des Nationalparks Schwarzwald (Gebührenverordnung Nationalpark – GebVO-NLP)
- Verordnung der Landesregierung und des Umweltministeriums zur Änderung der Verordnung über zugelassene Überwachungsstellen und der Produktsicherheits-Zuständigkeitsverordnung

- Verordnung der Landesregierung und des Umweltministeriums zur Änderung von Zuständigkeitsregelungen bei Energieanlagen
- Verordnung des Umweltministeriums zur Änderung der Gebührenverordnung UM
- Verordnung der Landesregierung, des Umweltministeriums und des Wirtschaftsministeriums über die Zuständigkeiten nach der Biostoffverordnung und zur Änderung der Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Gutachterausschußverordnung
- Verordnung des Umweltministeriums über den Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz
- Verordnung des Umweltministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden in seinem Geschäftsbereich
- Verordnung der Landesregierung über Betriebsbeschränkungen für kleine Feuerungsanlagen
- Verordnung des Umweltministeriums zur Änderung der Feldes- und Förderabgabeverordnung
- Verordnung der Landesregierung und des Umweltministeriums zur Durchführung der Energieeinsparverordnung
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Sanierungsfahrplanverordnung

Wirtschaftsministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Verteilung der Bundeserstattung für die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch für 2017
- Verordnung der Landesregierung zur Aufhebung der Verordnung über die Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs Backnang
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Umwandlungsverordnung
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Verteilung der Bundeserstattung für Bildung und Teilhabe für 2017
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Verteilung der Bundeserstattung für die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch für 2016
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Einrichtung von Laufbahnen und zur Regelung der Ausbildung und Prüfung
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Beaufsichtigung der berufsständischen Versorgungswerke unter der Versicherungsaufsicht des Wirtschaftsministeriums
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Verteilung der Bundeserstattung für Bildung und Teilhabe für 2016
- Verordnung der Landesregierung, des Wirtschaftsministeriums, des Innenministeriums, des Kultusministeriums, des Wissenschaftsministeriums, des Sozialministeriums und des Justizministeriums über die Zuständigkeit für die Erteilung von Bescheinigungen nach § 4 Nummer 20 Buchstabe a und Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Umsatzsteuergesetzes (ZVO nach § 4 Nummer 20 und 21 UStG)
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Gebühren für die Ausgabe von Fahrtenschreiberkarten für digitale Fahrtenschreiber nach der Verordnung (EU) Nr. 165/2014

- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Änderung der Berufsgerichtsordnung für Architekten
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Verteilung der Bundeserstattung für Bildung und Teilhabe für 2015
- Verordnung der Landesregierung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz
- Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Beaufsichtigung der berufsständischen Versorgungswerke unter der Versicherungsaufsicht des Wirtschaftsministeriums (VersWerkAufsVO BW) vom 22.März 2018 (GBI. S 123)

Sozialministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen und zur Änderung des Landespflegegesetzes
- Gesetz zur Änderung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes
- Gesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg
- Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabgesetzes in Baden-Württemberg
- Gesetz zur Änderung des Blindenhilfegesetzes und zur Aufhebung der Medizinprodukte-Kostenverordnung
- Ausführungsgesetz zum Prostituiertenschutzgesetz (AGProstSchG)

In dieser Legislaturperiode erlassene Verordnungen:

- Verordnung der Landesregierung über die Schiedsstelle nach § 7 c Abs. 7 SGB XI
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung
- Verordnung des Sozialministeriums zur Regelung der Krebsregistrierung in Baden-Württemberg
- Verordnung des Sozialministeriums und des Innenministeriums zur Änderung der Gebührenverordnung Sozialministerium und zur Aufhebung der Gebührenverordnung IntM
- Verordnung der Landesregierung, des Sozialministeriums und des Kultusministeriums über die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in den pflegerischen und sozialen Berufen und zur Änderung anderer Verordnungen
- Prüfungsordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung
- Verordnung der Landesregierung über die Anerkennung der Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45 a Absatz 3 SGB XI, zur Förderung ehrenamtlicher Strukturen und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepte nach § 45 c Absatz 7 SGB XI sowie über die Förderung der Selbsthilfe nach § 45 d SGB XI (Unterstützungsangebote-Verordnung UstA-VO)
- Verordnung des Sozialministeriums über die Berufspflichten der Hebammen und Entbindungspfleger
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und weiterer Vorschriften
- Gesetz zur Änderung des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetzes und des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes und zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Waffengesetz
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Aufhebung der Schonzeiten bei der Bejagung von Wildkaninchen in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim sowie im Rhein-Neckar-Kreis
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden in seinem Geschäftsbereich (Gebührenverordnung MLR – GebVO-MLR).
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Festlegung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Verordnung – FFH-VO)
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zur Festlegung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Verordnung – FFH-VO)
- Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Festlegung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Verordnung – FFH-VO)
- Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen zur Festlegung der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Verordnung – FFH-VO)
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Landwirtschafts-Zuständigkeitsverordnung
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zum Schutz der Erzeugung von Hybridsaatmais in geschlossenen Anbaugebieten im Jahr 2019
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und der Landesregierung zur Änderung der Vor-Ort-Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Weinrechts-DVO BW
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Subdelegationsverordnung MLR
- Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart über das Naturschutzgebiet "Bullenberg-Dudelberg-Stockhau"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart über das Naturschutzgebiet "Kutschenberg-Heuschlaufenberg-Stürzelberg"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zum Schutz der Erzeugung von Hybridsaatmais in geschlossenen Anbaugebieten im Jahr 2018
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zum Schutz der Erzeugung von Hybridsaatmais in geschlossenen Anbaugebieten
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Prüfung von Jägerinnen und Jägern
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zur Änderung der Verordnung über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Schauinsland"
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Katzen- und Hundefell-Zuständigkeitsverordnung und zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen
- Dritte Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Unterseefischereiordnung
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Zwölferholz-Haid"
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Qualifizierungsmaßnahme und die Prüfung zur Veterinärhygienekontrolleurin oder zum Veterinärhygienekontrolleur
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den vermessungstechnischen Verwaltungsdienst

- Erste Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zur Änderung der Anlagen der Verordnung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zur Festlegung von Europäischen Vogelschutzgebieten
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung über die Durchführung von Abschlussprüfungen in den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Änderung der Verordnung über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Oftersheimer Dünen"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über die Bannwälder »Faulbach-Südost«, »Rappenfelsen«, »Hirschfelsen-Nordwest«, »Scheibenfelsen-Südost«, »Ibacher Moor«, »Wehratal-Ost«, »Wehratal-Südost« und »Wehratal-Südwest« im Biosphärengebiet »Schwarzwald«
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet "Ziegelhäule"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zum Schutz der Erzeugung von Hybridsaatmais in geschlossenen Anbaugebieten
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zum Schutz der Erzeugung von Hybridsaatmais in geschlossenen Anbaugebieten im Jahr 2017
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe zur Änderung der Verordnungen über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Altrhein Neuburgweier" und das Naturschutzgebiet "Fritschlach"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Tübingen über das Naturschutzgebiet "Pfrunger-Burgweiler Ried"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über das Naturschutzgebiet "Feuchtwiesen Schwandorf"
- Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg zur Änderung der Verordnung der Körperschaftsforstdirektion Freiburg und der Forstdirektion Freiburg über die Schonwälder »Dürre Hälde«, »Ziegelwald«, »Seebachtal« und »Unterer Stechelberg«
- Verordnung der Körperschaftsforstdirektion Freiburg über den Schonwald "Lichter Wald"
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über die Einrichtung der Laufbahn und die Ausbildung und Prüfung für landwirtschaftstechnische Lehrer und Berater
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Fortbildungsprüfung Fachagrarwirtin oder Fachagrarwirt – Handwerkliche Milchverarbeitung
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung weinrechtlicher Vorschriften
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Erosionsschutzverordnung
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Änderung der Landwirtschafts-Zuständigkeitsverordnung
- Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung des Gesetzes über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen
- Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet "Pfinzquellen"
- zweite Änderungsverordnung des Regierungspräsidiums Tübingen zur Verordnung über den Naturpark "obere Donau"

Justizministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und staatsanwaltsgesetzes
- Gesetz zur Neuregelung der Anerkennung von Gütestellen im Sinne von § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung
- Gesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gerichte für Arbeitssachen
- Gesetz zur Neutralität bei Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes
- Gesetz zur Abwicklung der staatlichen Notariate und zur Anpassung von Vorschriften zu Grundbucheinsichtsstellen
- Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren
- Gesetz über die Sozialarbeit der Justiz
- Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 3. Juli 2014 in der Rechtssache C-524/13

- Fünf Verordnungen des Justizministeriums zur Aufhebung bzw. Einrichtung von Grundbucheinsichtsstellen
- Neunzehnte bis Fünfundzwanzigste Verordnung des Justizministeriums zur Übertragung der Grundbuchführung auf ein Amtsgericht
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über eine Wahlordnung zum Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Gerichtsvollzieher-Vergütungsverordnung
- Zwei Verordnungen des Justizministeriums zur Änderung von Verordnungen zum elektronischen Rechtsverkehr
- Sieben Verordnungen des Justizministeriums zur Änderung der eAkten-Verordnung
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung von Vollstreckungsbehörden nach der Justizbeitreibungsordnung
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 2 Abs. 1 Satz 2 der Justizbeitreibungsverordnung
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Verordnung zur Einschränkung des baren Zahlungsverkehrs in der Justiz
- Drei Verordnungen des Justizministeriums zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Justiz
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Subdelegationsverordnung Justiz
- Verordnung des Justizministeriums über den elektronischen Rechtsverkehr in Baden-Württemberg
- Verordnung des Justizministeriums zur Aufhebung und Einrichtung von Grundbucheinsichtsstellen
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Justiz
- Verordnung des Justizministeriums über die Ausbildung und Prüfung für den mittleren Vollzugs-, Werk- und Verwaltungsdienst im Justizvollzug
- Verordnung der Landesregierung zur Übergangsregelung zum Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs und zur Änderung der Subdelegationsverordnung Justiz
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Organisationsverordnung LFGG
- Verordnung des Justizministeriums über die laufbahnqualifizierende Zusatzausbildung und Prüfung für den mittleren Verwaltungsdienst im Justizvollzug
- Verordnung des Justizministeriums zur Regelung von Angelegenheiten auf dem Gebiet des Notarwesens
- Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Subdelegationsverordnung Justiz und zur Aufhebung der Verordnung zur Ausführung der Bundesnotarordnung
- Verordnung des Justizministeriums zum Erlass einer Gründungssatzung des Notarversorgungswerks Baden-Württemberg

- Verordnung des Justizministeriums zur Aufhebung von Richtervorbehalten und Übertragung richterlicher Aufgaben auf den Rechtspfleger
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Versteigerungen im Internet gemäß § 814 Abs. 3 ZPO und § 979 Abs. 1 b BGB
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Abwicklervergütungsverordnung
- Verordnung des Justizministeriums über ergänzende Vergütung für das Amt des Notariatsabwicklers
- Verordnung des Justizministeriums zur Regelung des Einzugs von Kosten der Notare im Landesdienst anlässlich der Notariatsreform
- Verordnung des Justizministeriums zur psychosozialen Prozessbegleitung im Strafverfahren
- Verordnung des Justizministeriums zur Regelung von Angelegenheiten auf dem Gebiet des Notarwesens
- Verordnung des Justizministeriums zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Justiz

Verkehrsministerium

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Straßengesetzes
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Ordnung
- Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

In dieser Legislaturperiode erlassene Verordnungen:

- Verordnung des Verkehrsministeriums zur Änderung der Verordnung über fahrerlaubnis- und fahrlehrerrechtliche Zuständigkeiten
- Verordnung der Landesregierung und des Verkehrsministeriums zur Änderung der Luftverkehrs-Zuständigkeitsverordnung
- Verordnung des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg und des Regierungspräsidiums Freiburg zur Änderung der Verordnung über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet "Wollmatinger Ried – Untersee – Gnadensee"
- Verordnung des Verkehrsministeriums zur Änderung der Verordnung über Fahrerlaubnis und fahrlehrerrechtliche Zuständigkeiten
- Verordnung der Landesregierung und des Verkehrsministeriums zur Änderung der Luftverkehrs-Zuständigkeitsverordnung

Landtag

In dieser Legislaturperiode erlassene Gesetze:

- Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg
- Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
- Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
- Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

In dieser Legislaturperiode erlassene Verordnungen:

Verordnung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen im Geschäftsbereich des Landesbeauftragten (Gebührenverordnung Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit – GebVO LfDI)

4. ob und falls ja, welche Rechtsvorschriften in dieser Legislaturperiode in Baden-Württemberg erlassen wurden, die im Zusammenhang mit der EU-Gesetzgebung stehen, und über die EU-Regelung hinausgehen bzw. diese verschärft haben;

Eine dahingehende Erfassung wird nicht vorgenommen.

5. ob und falls ja, in welchem Umfang bei den Rechtsvorschriften nach Ziffer 3 von der "One In, One Out-Regelung" bereits Gebrauch gemacht wurde;

Die Landesregierung macht bei Gesetzen und Verordnungen bislang nicht explizit von dem Prinzip des One In, One Out Gebrauch.

- 6. wie die Landesregierung den Vorschlag des Normenkontrollrats, die "One In, One Out-Regelung" für sämtliche Landesregelungen, insbesondere auch bei neuen Gesetzen und Verordnungen einzuführen, und ihre realistische Umsetzung bewertet;
- 7. ob und falls ja, welches Einsparpotenzial die Landesregierung durch die Umsetzung der Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats sieht;
- 8. ob und falls ja, welche Mehrkosten die Landesregierung durch die Umsetzung der Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats sieht;
- 9. ob und falls ja, in welcher Form, welchem Umfang und bis wann die Landesregierung beabsichtigt, die Empfehlung Nummer 1 des Normenkontrollrats umzusetzen.

Die Fragen 6. bis 9. werden gemeinsam beantwortet:

Die Ausweitung des Prinzips "One In, One Out" auf sämtliche Landesregelungen wird derzeit nicht befürwortet. Die Umsetzung des Regierungsprogramms für Bürokratievermeidung, Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung steht noch in einer frühen Phase und muss sich erst etablieren. Dies gilt insbesondere für die Berechnung des Erfüllungsaufwandes im Normsetzungsverfahren. Daneben erarbeitet die Landesregierung derzeit ein Arbeitsprogramm mit konkreten Projekten zum Abbau von überbordenden bürokratischen Belastungen über alle Fachbereiche hinweg.

Schopper

Staatsministerin